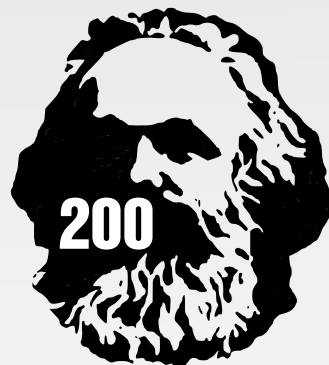


DIE LINKE.



Schon mal vormerken
Auf zu Marx & Gysi nach Trier
Samstag, 5. Mai
Mehr Infos: S.11

**SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN.
FÜR ALLE.**



31.3. OSTERMARSCH

Respekt! Wahlversprechen
1 Jahr gehalten...

**IMMERHIN
1 JAHR**

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SAAR

TERMINKALENDER // AUSZUG



27. März 2018 - OV Sulzbach-Quierschied: Die Sprache ist der Schlüssel zur Gleichberechtigung
Sulzbach, Sulzbachtalstr., Kompass, ab 18 Uhr.

28. März 2018 - LAG Kultur: Arbeitstreffen
Saarbrücken, Gaststätte Ivica, Altneugasse 29, um 18:30 Uhr

30. März 2018 - Karfreitag-Tango-Tanz-Aktion N11
Saarbrücken, Nauwieserstr. 11, ab 19 Uhr.

31. März 2018 - Ostermarsch 2018
Saarbrücken, Johanneskirche. Standbetrieb St. Johanner Markt.

8. April 2018 - Kreismitgliederversammlung KV Saarbrücken mit Vorstandswahlen
Güdingen, Festhalle Güdingen ab 10 Uhr.

8. April 2018 - Kreismitgliederversammlung LINKE Saarlouis
Schmelz, Kulturhaus, Berliner Straße 19, 14 Uhr

11. April 2018 - Thomas Lutze (MdB): Bürgersprechstunde
Neunkirchen, Bahnhofstr. 9, 11-14 Uhr.

11. April 2018 - Thomas Lutze (MdB): Bürgersprechstunde
Saarbrücken, Nauwieserstr. 11, 15-18 Uhr.

11. April 2018 - Forum Theologie: Jom haScho'a
Saarbrücken, Nauwieserstr. 11, 18 Uhr. Um 20 Uhr entzünden wir 6 Fackel für die sechs Millionen getöteten Juden in der Zeit der Scho'a.

Termine der Saarlinden findest Du immer tagesaktuell auf www.dielinkesaar.de - hier aufgeführte Termine bitte an unsere Redaktion schicken.



Frühlingsakademie DIE LINKE lernt 2018! Ansprechpartnerin ist die Beauftragte für politische Bildung des Landesverbandes, Karin Kiefer.

Ostermarsch 2018
Abrüsten statt Aufrüsten



Ostersamstag, 31.03.2018

11 Uhr Demonstration ab Johanneskirche, Saarbrücken
12 Uhr Abschlusskundgebung am St. Johanner Markt mit Thomas Rödl, Sprecher des Landesverbandes der DFG-VK Bayern

Kultur: Gaby Klees und Sigi Becker

Freizeitzeit Saar, Büllicher Str. 28, 66119 Saarbrücken, <http://www.reisezeitungsaar.com>, 01133 9 40001



SONDERSEITEN DIESMAL: RUND UM NATUR- UND TIERSCHUTZ

Andrea Neumann: Es gibt keine Zirkuslöwen, nur Lebewesen die gezwungen und ausgenutzt werden
Am 23. März 2018 zeigte der Circus Carl Althoff in Rohrbach seine „Löwendressur“. Die aktuell in Blieskastel dem Zwingerkoller ausgesetzten afrikanischen Tiere, die sich an das kalte, europäische Klima angeblich gewöhnt haben, werden dann wieder zur Belustigung vorgeführt.



„Da die Große Koalition lieber über alle möglichen Dinge schwadroniert, statt endlich den Tierschutz als Bundesrecht so zu gestalten, dass lebende und fühlende Wesen geschützt werden, ist ein Armutszeugnis. Bislang wurden durch die Bundesregierung, also CDU/CSU und SPD, keiner der Ent-

schließungsanträge zum Verbot der Haltung von Wildtieren in Zirkussen beschlossen.“, so Andrea Neumann, Sprecherin der LAG Tierschutz und tierschutzpolitische Sprecherin der Saarlinken.

„Es ist ein unerträglicher Zustand, dass man Lebewesen im Jahr 2018 noch immer zur Belustigung der Massen einsetzt. Wo machen Elefanten Kopfstände in ihrer natürlichen Umgebung, wo springen Löwen durch Reifen? Es ist ein politisches Armutszeugnis, dass Tierschutz noch immer eine Nebenrolle spielt und Profitinteressen dominieren. Und das durch die Untätigkeit der Bundesregierungsparteien den Kommunen, die dies ablehnen, jegliche Rechtsgrundlage für ein Verbot solcher Zurschaustellungen fehlt. Dies muss sich endlich ändern. Bis dahin kann man nur hoffen, dass die Besucherzahlen diesen Missbrauch von Lebewesen abstrafen werden.“

LAG-Seite: www.dielinke-tierschutz.de

Tierheime entlasten, Fellnasen ein Zuhause geben: weg mit der Hundesteuer bei Tierheimabnahme

Die Hundesteuer ist eine öffentlich-rechtliche Abgabe. Diese ist an keine konkrete Leistung gekoppelt, sondern fließt nach dem Gesamtdeckungsprinzip zur Finanzierung aller kommunalen

Aufgaben ein.

„Die Befreiung zumindest der ersten Tierheimabnahme von der Hundesteuer ist für alle Beteiligten eine Gewinnssituation. Die Tierheime und die vielen Ehrenamtlichen werden entlastet bzw. können weitere Tiere versorgen. Familien in prekären Einkommenssituationen können sich den besten Freund des Menschen einfacher leisten.“



Vor allem aber steigt die Chance, dass mehr vierbeinige Freunde und dabei schneller eine neue Familie und ein Zuhause bekommen. Und das ist wohl das Wichtigste. Also weg mit der Hundesteuer zumindest bei der ersten Tierheimabnahme.“, so Andreas Neumann, stv. Landesvorsitzender DIE LINKE. Saar.

„Mängel“ bei Tiertransporten Nennen wir es beim Namen!

Streifenhyänen-Schutzprojekt mit Aserbaidshan und Tadschikistan

Der Neunkircher Zoo hat am 22. März 2018 das neue Gehege für die allerersten Streifenhyänen in einem saarländischen Zoo eröffnet und zählt damit zu den lediglich fünf deutschen Zoos, die überhaupt Streifenhyänen halten. Kati und Lionel sind das Paar, das der Zoo als Partner in einem in situ - Schutzprojekt für Streifenhyänen in Tadschikistan betreut. Weitere Projektpartner sind NABU Naturschutzbund Deutschland e.V. International und der Zoologischen Gesellschaft für Artenschutz- und Populationsschutz e.V. (ZGAP). Eine weitere Einbindung erfährt der Neunkircher



Zoo durch die Teilnahme am Streifenhyänen-Schutzprojekt in Aserbaidshan. Das neue Streifenhyänen-Gehege wird übrigens schon bald um eine Auffang- und Quarantäne-Station für beschlagnahmte Exoten erweitert. „Neue Attraktionen für den Neunkircher Zoo sind sicherlich wichtig. Doch mehr ist die konkrete Teilnahme an den verschiedenen Schutzprojekten zu gewichten, die im natürlichen Lebensraum der Streifenhyänen, also Aserbaidshan und Tadschikistan, angesiedelt sind. Hier kann auf Dauer etwas wirklich Gutes zum Erhalt der Population geschehen.“, so Andrea Neumann, Fraktionsvorsitzende der Linken im Neunkircher Stadtrat. „Und die neue

Auffang- und Quarantäne-Station zeigt, dass der auf über 120 Arten angewachsene Neunkircher Zoo eine echte Kompetenzstelle für Tiere aller Art darstellt und weit mehr ist, als nur ein Ort, wo man Tiere erleben kann. Und das ist auch gut so.“



Regionalforen

Die Diskussion über die strategische Ausrichtung der LINKEN in den kommenden Jahren hat begonnen

Die neue alte Große Koalition wird fortgesetzt. DIE LINKE wird eine starke soziale Opposition sein. Was sind die Aufgaben, die Themen, die Kampagnen, die wir uns jetzt vornehmen? DIE LINKE hat Stimmen bei der Bundestagswahl hinzugewonnen und viele neue, vor allem junge Mitglieder sind eingetreten. Seit der Bundestagswahl werden einige Fragen in der Partei engagiert diskutiert: Wo haben wir hinzugewonnen, wo verloren und wie werden wir mehr? Was können wir tun, um dem gesellschaftlichen Rechtsruck entgegen zu wirken und wie können wir unsere Vorstellungen von einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft konkretisieren? Welche gesellschaftlichen Gruppen, Klassen, welche Klientel sprechen wir an? Und was bedeutet das für die LINKE Arbeit vor Ort? Auf den ersten Regionalforen in München und Mannheim haben Genossinnen und Genossen diese Fragen bereits mit großer Leidenschaft diskutiert. Mit dabei waren Mitglieder des Parteivorstands und die Parteivorsitzenden.

DIE LINKE. Partei in Bewegung – Ob mit dem eigenen Auto oder in der hervorragend durch Karin Kiefer organisierten Zuggemeinschaft, es waren viele saarländische Genossen am 10. März 2018 auf dem Regionalforum in Mannheim. Nachdem nun die neue alte Große Koalition soll fortgesetzt wird, liegt es an unserer Partei die starke soziale Opposition zu sein. Viele Fragen wurden aufgeworfen, Antworten gemeinsam gefunden. „Aus saarländischer Sicht war auch die zahlreiche Beteiligung an Rede- und Diskussionsbeiträgen ein gutes Zeichen. Man merkte einfach, dass die Saarlinke Lust an Inhalten und neuen, gemeinsamen Wegen hat. Dieses Regionalforum war hierfür ein guter Aufschlag. Und wenn alles klappt, können wir zum **Kommunal-treffen in Neunkirchen** unseren Bundesvorsitzenden Bernd Riexinger im Saarland begrüßen.“, so Andreas Neumann, stv. Landesvorsitzender. „Neben der klaren Herausarbeitung der Bedeutung der Kontakte zu den Gewerkschaften stand aber sicherlich vor allem auch DIE LINKE. als Partei der echten und ehrlichen Angebote im Fokus. Unsere Linke, eine Partei in Bewegung. Eine Partei, die sich auf die Basis besinnt und gemeinsam für die Ziele streitet. Wir sind auf einem guten Weg, die zahlreichen Neueintritte zeigen das auch.“



SONDERSEITEN DIESMAL: RUND UM **NATUR- UND TIERSCHUTZ**

Ralf Georgi: Artensterben verhindern – Umkehr in Landwirtschaft und Verkehr nötig

Nachdem im Saarland seit 1989 wohl mindestens 22 Tierarten ausgestorben oder verschollen sind, fordert DIE LINKE im Saarländischen Landtag ein grundlegendes Umsteuern in Landwirtschaft und Verkehr. Der tierschutzpolitische Sprecher Ralf Georgi: „Stickstoffverbindungen – etwa aus Düngemitteln und Pestiziden aber auch durch Auto-Abgase und dem Ausstoß mancher Fabriken – sind mitverantwortlich für das zunehmende Artensterben. Deshalb muss hier dringend etwas geschehen. Es muss Schluss sein mit dem allgegenwärtigen Einsatz von Pestiziden, mit Überdüngung und mit einer industriellen Landwirtschaft, die auf Monokulturen statt auf Artenvielfalt setzt. Außerdem braucht es einen deutlichen Ausbau des ÖPNV, um die Belastung mit Autoabgasen zu reduzieren. Der Lebensraum der heute bedrohten Tierarten darf nicht weiter zerstört werden, sonst setzt sich das Artensterben immer weiter fort.“ - www.linksfraktion-saarland.de

GV Wadgassen: Carlingen – Gestank und Emissionen kennen keine Grenzen

Die Chemieplattform Carling-St. Avold erfährt im Rahmen des Projektes „Chemiesis 2020“ die nächste signifikante Erweiterung. Informationen zu Art und Umfang des Ausbaus erhält

man zeitnah fast ausschließlich durch die französische Presse und nicht durch eigene Gutachten und Situationsanalysen der saarländischen Landesregierung. Als Anrainer-Kommune hat man ggf. noch das Glück informationstechnisch etwas besser dazustehen. „Eine durch Buttersäure ausgelöste Geruchsbelästigung mag vielleicht extrem eklig aber grundsätzlich gesundheitsunschädlich sein, doch bleibt die Frage, ob das für alle andern Emissionen der Chemieplattform auch gilt und gelten wird. Ausreichend eigene Umweltgutachten und Risikobewertungen sowie die eigentlich gebotene, kritische Begleitung der Erweiterungen durch die saarländische Landesregierung sucht man in einem befriedigenden Umfang vergeblich. Es ist ein Unding, dass unsere Landesregierung so wenig unternimmt, um die Auswirkungen der Chemieplattform in Carlingen und des Industriebeckens Carling-St. Avold selbst einer permanenten Überprüfung zu unterziehen.“, so Andreas Neumann, Gemeindeverbandsvorsitzender DIE LINKE. Wadgassen. „Bislang kommt die Landesregierung ihrer Verantwortung gegenüber der Umwelt und saarländischen Bevölkerung in einem sehr geringen Umfang nach. Wie es auch der vergangene und durchaus seltsam anmutende Ansatz der Messung bestimmter Stoffkonzentrationen mit Auswertung, abhängig einer erfolgten Geruchsmeldung durch die Bevölkerung und das finale

Abhängen der Messstation z.B. im Wadgasser Wildpark unterstreichen. Messstationen, von denen es wohl eindeutig zu wenige vor Ort gab. Die Aussagekraft der IMMESA-Messberichte, auf die sich aktuelle Werte-Mittlungen stützen, kann man sicherlich kritisch hinterfragen. Falls es sich noch nicht rumgesprochen hat: Gestank und gesundheitsschädliche Emissionen kennen keine Grenzen. Und die aktuelle Definition was betroffene Anreinerkommunen sind, mutet schon seltsam an.“

Dagmar Enschedel: Landesregierung muss RAG verpflichten, Maßnahmen zum Schutz der Gewässer Sinnerbach und Fischbach zu ergreifen

In der heutigen Sitzung des Umweltausschusses wurde von Seiten der Landesregierung bekannt gegeben, dass die PCB-Grenzwerte bei der Grubenwassereinleitung in die Rossel, den Sinnerbach und den Fischbach erhöht sind. Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Saarländischen Landtag Dagmar Enschedel: „Wir erwarten jetzt von der Landesregierung, dass die RAG verpflichtet wird, Maßnahmen zum Schutz der Gewässer Sinnerbach und Fischbach zu ergreifen, damit die Grenzwerte künftig eingehalten werden. Im Bereich der Rossel ist derzeit noch unklar, woher die erhöhten Belastungen kommen. Die Messstelle an der Grenze zeige bereits

Belastungen der Rossel beim Grenzübertritt an. Hier erwarten wir eine enge Zusammenarbeit mit dem saarländischen Umweltministerium und den französischen Behörden, damit gegebenenfalls gemeinsame Anstrengungen unternommen werden können, um die Rossel von Schadstoffen zu entlasten.“ Die aktuellen Untersuchungsergebnisse mitsamt einer Bewertung sollen im April veröffentlicht werden. Dagmar Enschedel kritisiert in diesem Zusammenhang die mangelnde Transparenz seitens der Landesregierung, weil bereits vor zwei Wochen erste Ergebnisse in die Presse gelangten, ohne dass die Abgeordneten vorher infor-

miert wurden. Die Linksfraktion sieht den geplanten Anstieg des Grubenwassers nach wie vor kritisch, da nach heutigem Kenntnisstand nicht alle Risiken mit Sicherheit ausgeschlossen werden können. www.linksfraktion-saarland.de

Andreas Neumann: Keine Grubenflutung ohne echte Folgenbewertung

Wie das LfS feststellt, basiert das aktuelle RAG-Gutachten auf Abbaudaten ab 1969. Es soll als belastbare Information dienen, um den geplanten Anstieg des Grubenwassers auf -320 m NN zu rechtfertigen. „Diese Faktengrundlage macht nur dann Sinn, wenn

man davon ausgeht, dass sich alle Stollen vor den 1960er Jahren der sechs übernommenen Grubenanlagen selbstständig verfüllt hätten. Ansonsten die 1920er als Anfangszeitraum anzusetzen sind.“, so Andreas Neumann, stv. Landesvorsitzender DIE LINKE. Saar. Und weiter: „Die Flutung kann desaströse Folgen für Mensch und Umwelt mit sich bringen, wie die Veranstaltungen der letzten Monate aufzeigten. Steigt das Wasser in der Neunkircher Gegend wird es auch eine Wasserbewegung Richtung Saarlouis geben, mit allen Stoffen, die noch in den Stollen befindlich sind. Doch auch mögliche Erderschütterungen und Hebungen, die Privatbesitz, Bahn und

SONDERSEITEN DIESMAL: RUND UM NATUR- UND TIERSCHUTZ

Straßen treffen können, sind ebenso wenig zu unterschätzen, wie die Verschmutzung des Grund- und Oberflächenwassers. Wenn die RAG, die noch 2005 davon ausging, dass man ewig abpumpen müsse, 2018 nun keine Bedenken mehr hat zu fluten, sollte das einen misstrauisch machen. Die RAG hat endlich ein wirklich belastbares Gutachten vorzulegen und natürlich auch ein echtes Monitoring-konzept, ggf. auch als Untertagelabor, wie es der Saarweller Genosse Hans Kiechle fordert. Das Wohl der Saarländer muss ganz klar vor Profitinteressen der RAG rangieren.“

Dagmar Ensch-Engel: Neonicotinoide verbieten!

Mit Unverständnis reagiert die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Saarländischen Landtag, Dagmar Ensch-Engel, darauf, dass im Ständigen Ausschuss der Mitgliedsstaaten der EU nicht durch eine Abstimmung ein sofortiges Anwendungsverbot für Neonicotinoide ausgesprochen wurde. „Im Frühjahr, wäre die richtige Zeit gewesen, um Wildbienen und andere nützliche Insekten durch ein Verbot besser zu schützen. Während sich die vorherige Umweltministerin Barbara Hendricks gegen Neonicotinoide aussprach erweist sich Julia Klöckner als zahnloser Tiger. Sie hätte auf ein Verbot drängen müssen schließlich ist sie als Landwirtschaftsministerin dafür verantwortlich, dass auch in Zukunft

noch geerntet werden kann. Ohne bestäubende Insekten wird das kaum möglich sein. Die Stellungnahme der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit ist eindeutig. Es gibt vernichtende Beweise für die außerordentlich schädliche Wirkung der Neonicotinoide. Selbst in geringerer Konzentration schädigen die Stoffe Wildbienen und andere Insekten massiv: Darüber hinaus ist das Gift schlecht abbaubar und verbleibt lange im Boden. Außerdem hat die EU-Kommission der Übernahme von Monsanto durch Bayer zugestimmt, dadurch könnte der größte und wohl auch mächtigste Saatgut- und Pflanzenschutzkonzern der Welt entstehen. Ab jetzt gilt die Devise Profit vor Naturschutz.“ www.linksfraktion-saarland.de

Linksfraktion: Sieben Jahre nach der Atomkatastrophe von Fukushima bleibt AKW Cattenom eine Gefahr für die Region

Zum siebten Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima haben Aktivisten der LINKEN, von Attac und „Cattenom non Merci“ auf der Mettlacher Brücke an den schrecklichen Unfall und seine Folgen erinnert. Die umweltpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Dagmar Ensch-Engel, erklärt: „Nach dem Unfall in Fukushima hatte man den Eindruck, dass alles getan werden sollte, um einen Ausstieg aus der Atomenergie zu forcieren. Auch der damalige französische

Präsident kündigte an, alte, störanfällige Meiler zu schließen. Aber so wie es heute aussieht wird Cattenom nunmehr noch länger am Netz bleiben, als ursprünglich vorgesehen.“ Aus Sicht der Politikerin stellt der Pannenreaktor in direkter Grenznähe ein immer größer werdendes Sicherheitsrisiko für die Region dar. Mit insgesamt über 800 Störfällen seit der Inbetriebnahme häufen sich die Zwischenfälle inzwischen massiv. In den letzten Wochen gab es acht Störfälle und am 9.3.2018 sogar zwei an einem Tag. „Es kommt vermehrt zu Rauchentwicklungen in der Elektroinstallation oder verursacht durch Überlastungen von Pumpen“, so Ensch-Engel weiter, „was bei dem Alter der Anlagen nicht verwundert! Bisher wurden alle Aufforderungen der Linken zur Intervention für eine Abschaltung der Anlage nicht umgesetzt, auch gab es bisher keine konkreten Vorschläge zu einer Unterstützung, gemeinsam mit Luxemburg, zum Rückbau des Reaktors.“ Ensch-Engel abschließend: „Wir sitzen auf einem Pulverfass und appellieren jetzt an unsere saarländischen Vertreter in Berlin, Frau Kramp-Karrenbauer, Herrn Altmeier und Herrn Maas, sich für die Sicherheit des Saarlandes einzusetzen, die Abschaltung des Pannenreaktors in Cattenom zu fordern und entsprechende Maßnahmen zum Ausstieg zu erarbeiten.“



Dagmar Ensch-Engel: Saarländer haben Anrecht auf vollständige Aufklärung über Art und Umfang der gestohlenen Daten über das AKW-Cattenom und die nun geplanten Sicherheitsmaßnahmen

DIE LINKE im Saarländischen Landtag verlangt Auskunft über die Dokumente über die AKWs Cattenom, Flamanville und Paluel, die in Amneville aus einem Auto gestohlen worden sind. Die umweltpolitische Sprecherin Dagmar Ensch-Engel: „Dass der Betreiber EDF erklärt, ein entworfener Computer sei verschlüsselt und die Dokumente seien nicht strategisch, kann nicht beruhigen. Zumal Medienberichten zufolge zwei der ebenfalls gestohlenen

USB-Sticks unverschlüsselte Pläne von mehreren hochgesicherten Bereichen in den Kernkraftwerken enthalten sollen. Es stellt sich die Frage, wieso sensible Daten ungesichert in einem Auto herumliegen und welcher Schaden möglicherweise mit den entwendeten Informationen angerichtet werden kann. Das Kernkraftwerk Cattenom mit seinen Pannen und Störfällen ist ohnehin schon eine ständige Gefahr für die Menschen in der ganzen Region. Wenn nun noch wichtige Daten über eigentlich hochgesicherte Bereiche in Umlauf sind, wächst verständlicherweise die Angst. Die saarländische Landesregierung muss im Interesse der Saarlän-

derinnen und Saarländer bei EDF und den französischen Freunden auf eine vollständige Aufklärung über Art und Umfang der gestohlenen Daten sowie über die nun als Konsequenz geplanten Sicherheitsmaßnahmen drängen. Und die Bundesregierung muss in Verhandlungen über eine endgültige Schließung des AKW Cattenom eintreten, um die ständige existenzielle Bedrohung durch diese Anlage endlich abzustellen.“

TERMINKALENDER // EXTERNE EVENTS



31. März 2018 - Ostermarsch 2018

**Saarbrücken,
Johanneskirche**

Standbetrieb St. Johanner Markt.

11 Uhr Demonstration ab Johanneskirche

12 Uhr Abschlusskundgebung St. Johanner Markt

**Bitcoin - Revolution oder was? Zur Kritik der Crypto-Ökonomie oder:
Ist eine bessere Welt programmierbar?**

Nauwieserstr. 19, 66111 Saarbrücken, 05.04.2018, 19:00 - 21:00 Uhr

Dezentralisierung - Disruption - Revolution der Geldwirtschaft - gerechte Verteilung - Demokratisierung. Liest man die Blogs und Whitepapers der sogenannten Crypto-Enthusiasten, könnte man schnell zu der Überzeugung gelangen, dass sich hier ein neues revolutionäres Potential Bahn bricht. Da ist die Rede von „direct attacks on orthodox Economics thinking“ und dem „Sturz von Regierungen“. Gleichzeitig gelingt es Unternehmen und Projekten aus diesem Bereich beachtliche Summen an Kapital für ihre Sache zu akquirieren. Große Player der Tech-Branche und Finanzdienstleister aus aller Welt reißen sich um Partnerschaften mit der sog. Blockchain-Industrie. Und tatsächlich, die Technologie hinter Bitcoin und co. scheint eine technische Revolution zu verheißen und sie hält Potentiale auch für die Realisierung progressiver und linker Politik. Dezentralisierung, direkte Mitbestimmung, autonome Organisation von Produktion im Weltmaßstab, sind nur einige Beispiele auf die der Vortrag kurz eingehen wird. Doch darf uns all das nicht darüber hinweg täuschen, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen diese Technologie entsteht und welche Faktoren daher ihre Entwicklung beeinflussen. Neben einer grundlegenden Einführung in die Thematik soll daher auch ein Blick hinter die schwärmerischen und verheißungsvollen Zukunftsprognosen der selbsternannten Crypto-Ökonomen geworfen werden. Was meinen diese Leute, wenn sie von fairer Verteilung, Demokratischer Mitbestimmung, Autonomer Organisation und schließlich von Revolution sprechen? Der Referent Heinrich Klose ist Jurist und kommt aus Saarbrücken.

Rosa Luxemburg Stiftung Saar / Peter Imandt Gesellschaft



Newsletter beibehalten, abmelden oder gar empfehlen? Vielleicht einen eigenen Beitrag einsenden?

Diesen Newsletter, also den Rundbrief, erhalten alle, deren E-Mailadresse registriert wurde. Wenn er Dir zusagt und Du ihn auch gerne weiterhin erhalten möchtest, musst Du einfach nichts tun. Ist er Dir eher lästig, dann kannst Du Dich aber jederzeit ganz formlos wieder abmelden, indem Du von deiner hinterlegten E-Mailadresse (diejenige, an die der Newsletter versandt wird) eine E-Mail mit dem Betreff „Abmeldung“ an unsubscribe@dielinke-saar-mailer.de schickst.

Falls Du den Newsletter jemandem empfehlen möchtest, dann gib demjenigen/derjenigen einfach den Tipp sich auf www.dielinke-saar-mailer.de zu registrieren. Es geht schnell, einfach und unkompliziert. Alleine in den letzten Monaten konnten wir so etwas mehr als 625 Neuanmeldungen verzeichnen.

Datenschutz ist uns wichtig

Seit der Plattformgründung in 2011 - und der erfolgten Neustrukturierung in 2013 - werden keine personenbezogenen Daten außer der E-Mailadresse erfasst. Diese E-Mailadressen werden wiederum keinen Dritten zur Verfügung gestellt und äußerst gut verschlüsselt vorgehalten.

Dein Beitrag im Rundbrief

Eigene Beiträge, auch Artikelempfehlungen und Links, für den Rundbrief kannst Du an red@dielinke-saar-mailer.de schicken. Texte bitte als E-Mail-Text oder als RTF-, ODT- oder Word-Datei im Anhang. Bilder bitte als JPG- oder PNG-Datei und in einer entsprechend guten Auflösung. Einer der RedReporter wird sich dann zeitnah um die Einpflege deines Beitrages kümmern.

Hinweise:

Da der Rundbrief unregelmäßig als PDF via E-Mail erscheint, ist er für kurzfristige Mitteilung eher ungeeignet. Für Kleinanzeigen aller Art ist er nicht gedacht.

Alle Texteingaben werden selbstverständlich unter Namensnennung veröffentlicht.

EINLADUNG ZUR KREISVORSITZENDEN- UND AKTIONSKONFERENZ IN HEIDELBERG



Mit dem zweitbesten Wahlergebnis unserer Parteigeschichte konnten wir bei der vergangenen Bundestagswahl 9,2 Prozent der Wählerinnen und Wähler überzeugen und mehr als eine halbe Million Stimmen dazu gewinnen. Gleichzeitig haben über 8.500 neue Genossinnen und Genossen den Weg in DIE LINKE gefunden. Darüber freuen wir uns.

Doch die Freude über diese Erfolge wird getrübt durch den gesellschaftlichen Rechtsruck, der sich mit dem Einzug der AfD auch in den Mehrheitsverhältnissen im Bundestag widerspiegelt. Die mögliche nächste Auflage der Großen Koalition wird der Entwicklung der sozialen Spaltung nichts entgegensetzen. Für DIE LINKE heißt das: Soziale Politik wird weiterhin in der Opposition gemacht. Wir sind entschlossen in Bewegung: Mit Aktivisten/-innen und unseren Mitgliedern setzen wir die GroKo weiter unter Druck - in den Parlamenten, auf der Straße, im Betrieb.

Vor diesem Hintergrund wollen wir gemeinsam mit Euch den Bundespar-

teitag vom 8. bis 10. Juni in Leipzig vorbereiten. Wir wollen unter anderem mit Euch diskutieren, welche Herausforderungen und Chancen auf dem Weg zu einer modernen Mitgliederpartei vor uns liegen, wie wir eine solidarische Einwanderungsgesellschaft konkretisieren können und welche gesellschaftlichen Gruppen wir besonders mit unseren Forderungen und Ideen ansprechen wollen.

Mit unserer Kampagnenarbeit haben wir in den vergangenen Jahren gemeinsam Schwerpunkte auf der Straße und in der außerparlamentarischen Arbeit gesetzt. Daran wollen wir anknüpfen und gemeinsam mit Euch diskutieren, wie wir in den geplanten Kampagnen für gute Pflege und niedrige Miete mit tollen Aktionen vor Ort präsent sein können, Mieter/-innen und Beschäftigte besser ansprechen und organisieren, sowie die Kampagnenthemen in die anstehenden Kommunalwahlkämpfe einbinden können.

Wir laden Euch recht herzlich ein, diese und weitere Fragen gemeinsam miteinander im Rahmen unserer bundesweiten Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz am 14. und 15. April 2018 in Heidelberg zu diskutieren.

Wir freuen uns, Euch zu sehen.

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping, Bernd Rießinger, Harald Wolf

Jetzt noch bis zum 30.03. anmelden!

Klicke hier um Dich online, verbindlich anzumelden:

www.goo.gl/MqNdxK

Zur Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz sind sowohl Kreisvorsitzende als auch LINKE-Kampagnenaktive eingeladen, bitte sprich Deine Anmeldung in Deinem Kreisverband ab. Informationen zum Ablauf und Zeitplan findest Du hier:

www.goo.gl/PPjR74

Für Rückfragen stehen wir Dir unter der E-Mail-Adresse kreisvorsitzendenkonferenz@die-linke.de gerne zur Verfügung.

Mit solidarischen Grüßen

Romana Wittmer und Malte Fiedler

Mach's



EUROPÄISCHE LINKE: SYRIZA BLEIBT MITGLIED

Der Präsident der Europäischen Linken (EL) gab bekannt, dass sich der Vorstand einvernehmlich gegen den Antrag der französischen Parti de Gauche zum Ausschluss der griechischen Partei Syriza ausgesprochen hat. „The President of the European Left Gregor Gysi announces: Today, the Executive Board of the Party of the European Left discussed the request of the French Parti de Gauche to exclude the Greek party Syriza. All present member parties spoke in a clear and unambiguous manner against the initiation of such a procedure. It has been determined that we need discussions and enhancements, but no exclusions.“

APROPOS OSTERN



Der **Karfreitag** (althochdeutsch kara ‚Klage‘, ‚Kummer‘, ‚Trauer‘) ist der Freitag vor Ostern. Er folgt auf den Gründonnerstag und geht dem Karsamstag voraus. Christen gedenken an diesem Tag des Kreuzestodes Jesu Christi.*

Ostern (lateinisch pascha, auch Festum paschale, von hebräisch pessach) ist das Fest der Auferstehung Jesu Christi. Da **Leiden, Sterben und Auferstehung Christi** laut NT in eine Pessachwoche fielen, bestimmt der Termin dieses beweglichen jüdischen Hauptfestes auch das Osterdatum. Es wird über einen Lunisolarkalender bestimmt und fällt in der Westkirche immer auf den Sonntag nach dem ersten Frühlingsvollmond, im gregorianischen Kalender also frühestens auf den 22. März und spätestens auf den 25. April. Danach richten sich auch die Daten der beweglichen Festtage des Osterfestkreises. In der Alten Kirche wurde Ostern als Einheit von Leidensgedächtnis und Auferstehungsfeier in der Osternacht begangen („Vollpascha“). Ab dem 4. Jahrhundert wurde das höchste Fest im Kirchenjahr als Dreitagefeier (Triduum Sacrum oder Triduum paschale) historisierend entfaltet. Die Gottesdienste erstrecken sich seitdem in den meisten Liturgien von der Feier des letzten Abendmahls am Gründonnerstagabend – dem Vorabend des Karfreitags – über den Karsamstag, den Tag der Grabesruhe des Herrn, bis zum Anbruch der neuen Woche am Ostersonntag. Mit dem Ostersonntag (liturgisch Dominica Resurrectionis, „Sonntag der Auferstehung“ [des Herrn]) beginnt die österliche Freudenzeit (Osterzeit), die fünfzig Tage bis einschließlich Pfingsten dauert. Im Mittelalter entwickelte sich aus dem ursprünglichen Triduum ein separates Ostertriduum, das die ersten drei Tage der Osteroktav von der restlichen Feierwoche abhob. Später wurde dieser arbeitsfreie Zeitraum verkürzt, bis nur noch der Ostermontag als gesetzlicher Feiertag erhalten blieb.*

Pessach, auch Passah oder Pascha genannt, gehört zu den wichtigsten Festen des Judentums. Es erinnert an den Auszug aus Ägypten (Exodus), also die Befreiung der Israeliten aus der Sklaverei, von der das 2. Buch Mose im Tanach erzählt. Die Nacherzählung (Haggada) dieses Geschehens verbindet jede neue Generation der Juden mit ihrer zentralen Befreiungserfahrung. Das Pessach wird von Juden in der Woche vom 15. bis 22., in Israel bis zum 21. Nisan gefeiert. Es ist ein Familienfest mit verschiedenen Riten wie dem Seder und dem einwöchigen Verzehr von Matzen. Deshalb heißt es auch „Fest der ungesäuerten Brote“. In der Zeit des zweiten Jerusalemer Tempels, also zwischen etwa 530 vor und 70 nach Chr., gehörte Pessach neben Schawuot (dem Wochenfest) und Sukkot (dem Laubhüttenfest) zu den drei israelitischen Wallfahrtsfesten, an denen die Gläubigen zum Tempelberg pilgerten.*

Da im **Koran** Jesus ein Prophet, aber nicht der Sohn Gottes ist, und die Kreuzigungsszene eine gänzlich andere Darstellung sowie Bedeutung hat, kennt der Islam kein Oster- oder Pessach-Fest. Viele Muslime, die in christlichen Ländern wie beispielsweise Deutschland leben, feiern aber trotzdem Ostern, jedoch ohne religiösen Hintergrund. Vor allem den Kindern macht das Bemalen der Eier und die gefundenen Süßigkeiten ebenso viel Spaß, wie allen anderen auch.

* Aus der deutschsprachigen Wikipedia. Jeweils der Einleitungsteil des entsprechenden Artikels.

DIE AKTUELLEN BEITRÄGE AUS LAND- UND BUNDESTAG

Claudia Kohde-Kilsch: Ehrenamtlicher Jugendsport wird finanziell besser gestellt

Zur Anpassung der Hallenentgelte und zur Erhöhung der Jugendförderung erklärt die Vorsitzende der Linksfraktion im Stadtrat, Claudia Kohde-Kilsch: „In der vergangenen Stadtratssitzung wurde mit der Mehrheit der Koalition die Anpassung der Hallenentgelte an die gestiegenen Betriebskosten sowie eine Erhöhung der Förderung von Kinder- und Jugendarbeit der Sportvereine verabschiedet. Meine Fraktion hat selbstverständlich den entsprechenden Vorlagen der Verwaltung zugestimmt. Die Vereine waren im Vorfeld dazu gehört worden und die vorliegenden Beschlüsse entsprechen den Verabredungen. Mit den beiden Vorlagen ist gewährleistet, dass einerseits die Sportinfrastruktur weiterhin gepflegt und erhalten werden kann und gleichzeitig die Vereine mit Kinder- und Jugendarbeit entlastet werden.“

Es sei, so Kohde-Kilsch weiter, nicht nachvollziehbar, warum die Opposition, insbesondere CDU und FDP, nicht wenigstens der Erhöhung der Jugendförderung zugestimmt hätten. Beide Vorlagen seien von der Opposition abgelehnt worden.

„Selbst wenn man der Meinung ist, die beschlossene Erhöhung der Jugendförderung um jetzt 15% und später noch einmal 5% sei zu wenig, hätte die

Opposition zumindest einen eigenen Antrag dazu einreichen können. Das ist nicht geschehen. Die Ablehnung seitens CDU und FDP ist reine Verweigerungshaltung. Für uns ist es ganz wesentlich, dass im Bereich der Jugendarbeit die ehrenamtliche Betätigung der Vereine eine bessere Unterstützung seitens der Stadt erhält und wir freuen uns darüber, dass wir dazu durch die Beschlussfassung einen wichtigen Beitrag leisten konnten“, so Kohde-Kilsch abschließend.

Stadtratsfraktion Saarbrücken: LINKE fordert Autobahnanschluss für Gewerbegebiet

Angesichts der unzureichenden und überlasteten Verkehrsinfrastruktur im Einzugsbereich des Flughafens Ensheim fordert DIE LINKE im Saarbrücker Rathaus die Stadt und das Land auf, eine mögliche Autobahnbindung des Flughafens und des angrenzenden Gewerbegebietes zu prüfen. Die Vorsitzende der Linksfraktion, Claudia Kohde-Kilsch führt aus: „Die Diskussion um die Ansiedlung von DB-Schenker auf dem Gewerbegebiet am Flughafen Saarbrücken-Ensheim hat gezeigt, dass die Politik bislang keine befriedigenden Antworten auf die Erfordernisse ansiedlungswilliger Unternehmen in diesem Bereich gefunden hat. Gleichzeitig fordern die Anwohner an der Herings-

mühle völlig zu recht ein LKW-Durchfahrtsverbot, da die Belastungen gravierend sind. Die Haltung der CDU-Fraktion, DB-Schenker einerseits zu verprellen, aber eine deutliche Entlastung für Anwohner abzulehnen, ist inkonsequent und fragwürdig. Dabei bietet sich eine Lösung an, die die Interessen aller Beteiligten wahrt und zudem einen positiven Beitrag zur Stadtentwicklung darstellt.“ Ihre Fraktion, so Kohde-Kilsch weiter, fordere daher die Vorprüfung einer möglichen direkten Straßenverbindung zwischen der Bundesautobahn 6 und dem Flughafen Ensheim durch die Stadtverwaltung. Eine entsprechende Autobahnausfahrt könne man sich in Höhe des Rastplatzes Bischmisheim vorstellen, eine Straßentrasse könne dann durch den Staatsforst, über den Tiefelsbach und den Wogbach führen.

„Eine Vorprüfung sollte durch die zuständigen Ämter der Stadt unter Einbeziehung eines unabhängigen Gutachtens erfolgen. Neben den bautechnischen Möglichkeiten sollten dabei anfallende Kosten ermittelt werden. Insbesondere wäre zu überprüfen, ob das Projekt die Förderkriterien des Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) erfüllt und welche Bundes- und Landesmittel in Anspruch genommen werden könnten. Um eine breite demokratische Diskussion, auch im Hinblick auf Natur- und Umweltverträglichkeit, zu

ermöglichen, sollte die Öffentlichkeit von Anfang an in die Überlegungen und Planungen mit einbezogen werden. Wir regen an, ein solches Projekt möglichst schnell anzugehen, da bis zur Realisierung wertvolle Zeit verstreicht, in der die Neuansiedlung von Unternehmen angesichts der Untauglichkeit der Zuwegungen weiterhin problematisch bleibt“, so Kohde-Kilsch abschließend.

Privatisierung der Rüstungsbeschaffung ist keine Lösung

„Seit Jahren dreht Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen an der Rüstungsspirale. Die Verteidigungsausgaben steigen, Milliardenaufträge werden an die Rüstungsindustrie vergeben. Doch kaum ein Tag vergeht,

an dem die Ministerin nicht teure Nachbesserungen oder mangelhafte Rüstungsprojekte eingestehen muss. Diese Mängel sollen nun offenbar den tausenden Beschäftigten im Beschaffungsbereich der Bundeswehr in Koblenz in die Schuhe geschoben werden“, erklärt Matthias Höhn, sicherheitspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, zu Medienberichten über eine geplante Umstrukturierung des Beschaffungswesens der Bundeswehr. Höhn weiter: „Wer die Beschaffungsprobleme bei der Bundeswehr beheben will, sollte nicht auf dem Rücken der Beschäftigten mit Gedanken an Privatisierungen spielen, sondern den Aufrüstungskurs beenden. Der Verteidigungshaushalt ist in von der Leyens Amtszeit um über 20 Prozent

gestiegen. Grund genug, um in den Chefetagen der Rüstungskonzerne die Sektorkorken knallen zu lassen. Selten war das ‚Marktumfeld‘ für die Rüstungsindustrie rosiger als unter der derzeitigen Ministerin. Aber immer, wenn Rüstungsprojekte um Milliarden teurer werden als vom Ministerium zugesagt und von der Industrie versprochen, wird die Kritik auf die Beschäftigten in Koblenz abgewälzt. Damit stiehlt sich von der Leyen aus der Verantwortung. Im Koalitionsvertrag bleiben CDU/CSU und SPD vage, dabei sind die Planungen, die bisherige Struktur in Koblenz zu zerschlagen oder sogar zu privatisieren, offenbar weit fortgeschritten. Dieser Weg ist der falsche, um die Effizienz der Behörde zu erhöhen und

DIE AKTUELLEN BEITRÄGE AUS LAND- UND BUNDESTAG

für Personal attraktiver zu werden. Gerade erst ist der Goldman-Sachs Banker Jörg Kukies zum verbeamteten Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen ernannt worden. Berichte über mangelnde Attraktivität seines neuen Arbeitgebers sind nicht überliefert. Von der Leyen sollte das Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Beschaffungswesen der Bundeswehr suchen, statt Unsicherheit unter den Beschäftigten zu verbreiten.“

Merkel muss Glaubwürdigkeit beweisen

„Die Bundesregierung muss die Drohungen der Türkei, die völkerrechtswidrige ‚Offensive Olivenzweig‘ auf die syrische Stadt Manbidsch auszuweiten, umgehend und in aller Schärfe verurteilen. Angesichts der angekündigten neuen Massenvertreibungen muss Bundeskanzlerin Angela Merkel endlich Glaubwürdigkeit beweisen und die Rüstungsexporte in die Türkei stoppen“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Dagdelen weiter: „Die Kritik der Bundeskanzlerin an der türkischen Belagerung, Bombardierung und Besetzung der Stadt Afrin ist viel zu spät gekommen und noch dazu folgenlos geblieben. Das 60 Tage dauernde Schweigen der Bundesregierung und die gleichzeitige Genehmigung neuer Waffenlieferun-

gen in die Türkei kommen einer Rückendeckung für den Völkerrechtsbruch und einer mittelbaren Beteiligung an Erdogans Angriffskrieg gleich. Merkel muss der in ihrer Regierungserklärung vorgebrachten Kritik nun auch Taten folgen lassen. Beim EU-Gipfel in Brüssel muss sie auf eine Verurteilung der völkerrechtswidrigen Aggression des EU-Beitrittskandidaten Türkei drängen sowie auf einen Stopp der Finanz- und Kredithilfen für Ankara. Die EU darf Erdogan keine Friedenskulisse aufbauen und muss das für kommende Woche geplante Gipfeltreffen mit ihm in Varna absagen. Neben einem Rüstungsexportstopp ist auch der Abzug der deutschen Soldaten aus der Türkei überfällig. Die Bundesregierung muss Erdogans Offensiv- und Vertreibungspläne für den gesamten Norden Syriens bis hin zum Norden des Irak auch in der NATO zum Thema machen. Die NATO läuft immer mehr Gefahr, mit der AWACS-Mission in Konya in Erdogans Aggressionskrieg direkt verwickelt zu werden.“

EU-Beitrittsstopp statt Schaulaufen für Erdogan

„Bundeskanzlerin Merkel und die EU dürfen für den türkischen Präsidenten Erdogan kein Schaulaufen in Varna veranstalten. Wenn die EU ihre vielbeschworenen europäischen Werte ernst nimmt, müssen angesichts

der völkerrechtswidrigen Angriffe des EU-Beitrittskandidaten Türkei auf das Nachbarland Syrien jetzt endlich Konsequenzen folgen. Notwendig ist ein Einfrieren der Beitrittsverhandlungen und der Finanzhilfen an Erdogan“, erklärt Sevim Dagdelen, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Dagdelen weiter: „Es ist eine moralische Bankrotterklärung, folgenlose Kritik an Erdogan zu formulieren und gleichzeitig sein Regime in Ankara weiter mit Waffen zu versorgen und mit viel Geld abzusichern. Es kommt einem Täuschungsversuch der Öffentlichkeit gleich, wenn Kanzlerin Merkel auf der einen Seite zu Recht scharf den türkischen Einmarsch in Afrin in Syrien kritisiert, auf der anderen Seite die Bundesregierung immer weitere Waffenlieferungen an den Despoten Erdogan genehmigt. Wir brauchen einen Stopp der Rüstungsexporte in die Türkei und einen Abzug der deutschen Soldaten.“

DIE LINKE. im Bezirksrat West: DIE LINKE will Auskunft zum Brandschutzbedarfs- und Entwicklungsplan

DIE LINKE will Auskunft zum Brandschutzbedarfs- und Entwicklungsplan Bevölkerung will Aufklärung im Bereich Zukunft und Sicherung der Feuerwehren - DIE LINKE. im Bezirksrat West hat für die kommende Sitzung

einen Antrag zum Brandschutzbedarfs- und Entwicklungsplan gestellt. Die Stadtverwaltung solle dem Bezirksrat West darstellen, wie sich die Zukunft der freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehr entwickeln soll, insbesondere in den Stadtteilen des Saarbrücker Westens. Die Bevölkerung, so DIE LINKE, habe einen Anspruch darauf zu erfahren wie es mit der Sicherheit des Brandschutzes im Saarbrücker Westen aussehe und wie sich die Wehren, das Personal und der Fahrzeugbestand entwickeln solle.

Schließlich, so DIE LINKE, müsse der Bezirksrat die Möglichkeit erhalten den Brandschutzbedarfs- und Entwicklungsplan eingehend zu studieren, kritische Nachfragen zu stellen und

eigene Vorstellungen zur Zukunft des Brandschutzes in Altenkessel, Burbach, Gersweiler und Klarenthal vorzubringen.

ABGESTIMMT

Am 22. März stimmte der Bundestag über fünf verschiedene Auslandseinsätze der Bundeswehr namentlich ab. Thomas Lutze stimmte bei allen Abstimmungen mit Nein. Das Stimmverhalten der anderen Saar-MdB findet man u.a. auf: www.abgeordneten-watch.de

Schon mal vormerken

Auf zu Marx & Gysi nach Trier
Samstag, 5. Mai

Mit dem Bus zum 200. Geburtstag von Karl Marx inkl. Veranstaltungsbesuchen mit Rolf Becker und Gregor Gysi. Alle Infos demnächst auf www.thomas-lutze.de



WAHLTREND UND LEITBEITRAG

Aktuelle Umfragewerte im direkten Vergleich

Institut	Infratest dimap	GMS	Emnid	Forsa	Bundes- tagswahl	2018 im Durch- schnitt
Veröffentl.	22.03.2018	22.03.2018	24.03.2018	24.04.2018	24.09.2017	
CDU/CSU	33%	33%	34%	31%	32,90%	32,75%
SPD	19%	18%	18%	19%	20,50%	18,50%
GRÜNE	12%	11%	12%	12%	8,90%	11,75%
FDP	9%	10%	9%	9%	10,70%	9,25%
DIE LINKE	10%	10%	10%	11%	9,20%	10,25%
AfD	13%	13%	13%	14%	12,60%	13,25%
Sonstige	4%	5%	4%	4%	5,00%	4,25%

MÖGLICHE KOALITIONEN					
Große Koalition (CDU/CSU+SPD)	52%	51%	52%	50%	53%
CDU/CSU+FDP	42%	43%	43%	40%	44%
CDU/CSU+Grüne	45%	44%	46%	43%	42%
Jamaika-Koalition (CDU/CSU+FDP+Grüne)	54%	54%	55%	52%	53%
CDU/CSU+AfD	46%	46%	47%	45%	46%
R2G (SPD+Linke+Grüne)	41%	39%	40%	42%	39%
SPD+Grüne	31%	29%	30%	31%	29%
SPD+FDP	28%	28%	27%	28%	31%
SPD+DIE LINKE	29%	28%	28%	30%	30%

Datenbasis: wahlrecht.de, Zusammenstellung: Andreas Neumann

Immer mehr Geld für
die Bundeswehr
Mittel im Verteidigungshaushalt,
in Milliarden Euro



Quelle: DIE LINKE im Bundestag

**Abrüsten?
Nö, doch
nicht.**

Die Große Koalition setzt
den Aufrüstungskurs fort. Dabei hat
die Bundeswehr kein Geldproblem,
sondern ein massives
Verschwendungsproblem

SAAR
LAND

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SAAR

**SOZIAL.
GERECHT.
FRIEDEN.
FÜR ALLE.**